

Worm: Mit Oberland-Beitritt stellt sich Landkreis-Frage

Mitte Dezember wird der Landtag „mit klarer Mehrheit“ die Gebietsreform von Oberland und Sonneberg befürworten, glaubt CDU-MdL Henry Worm. Auch für Judenbach, so Beate Meißner, wird es zur Kreisstadt kaum eine Heirats-Alternative geben.

Von Andreas Beer und Martina Hunka

Sonneberg – Was von Oberland am Rennsteig übrig bleibt? Mindestens ein Abschiedstaler. Zur vergangenen Ratssitzung informierte Bürgermeister Wolfgang Wiegand (CDU), ein solcher Feinsilberling sei bereits in Auftrag gegeben. 800 Euro kostet der Kommune im Auslauf der Stempel-schnitt, für 30 Euro soll die Erinnerungsmedaille mit 35 Millimeter Durchmesser dann vertrieben werden. Oberland am Rennsteig 1. Januar 1997 bis 31. Dezember 2012, so wird darauf zu lesen stehen. Mancher im Rat und einige auf den Gästestühlen stutzten bei so viel Gewissheit, dass es zum Jahreswechsel doch was wird mit dem Beitritt zum Sonneberger Stadtgebiet. Schließlich habe man zuletzt ja kaum Rückmeldung erhalten, hieß es. Und bekanntlich gebe es Widerstände – vor Ort, wie bei den Nachbarn.

Nach Lage der Dinge wird es aber tatsächlich keine Absage dieser „Hochzeit“ mehr geben. Gegenüber *Freies Wort* bestätigte CDU-Abgeordneter Henry Worm, zur Landtagssitzung in der zweiten Dezemberwoche sei mit einer Beschlussfassung in Sachen Gebietsreform zu rechnen. Zu-

sammen mit einer Reihe weiterer Fusionen wird dabei im Paket auch über den Zusammenschluss von Sonneberg und Oberland abgestimmt. Zwar zierte sich, wie berichtet, das Innenministerium zunächst, die Oberland-Frage aufzunehmen in den Gesetzentwurf. Doch das ist Geschichte. „Ich denke, dass Ergebnis steht fest: Es wird eine klare Mehrheit geben“, so Worm. Die Ausgangslage sei ja bekannt. Das eindeutige Ergebnis einer Bürgerbefragung liegt vor, ebenso das Votum beider Kommunalparlamente. Und die Verträge



Henry Worm.

zwischen den Partnern sind lange ausgehandelt. Zudem verweist Worm auf die positive Stellungnahme vonseiten des Landratsamtes. Dass der Scheibe-Alsbacher dieser Zweisamkeit ansonsten wenig abgewinnen kann, lässt er gleichwohl durchblicken. Man müsse eben die Konsequenzen sehen, die sich in der Folge ergeben, sagt er. „Wir haben uns dann ernsthaft Gedanken zu machen, ob der Bestand des Landkreises Sonneberg so dann noch sinnvoll zu rechtfertigen ist.“

Der Hintergrund des Zwischenrufs liegt auf der Hand: Elf Kommunen hätte die Behörde in der Bahnhofstraße ab 1. Januar 2014 noch zu betreuen – wobei Judenbach mit seinem hauptamtlichen Bürgermeister ebenfalls schon unter Artenschutz steht. Grünes Licht für die Fusion berge somit Konsequenzen fürs Fortbestehen des Kreises wie für eine hauptamtlich geführte Stadt Stein-

ach, gibt Worm zu Protokoll. Die Steinacher ihrerseits haben zuletzt ebenfalls noch einen Anlauf genommen, ihre Skepsis in Erfurt kenntlich zu machen – ergebnislos. Zur Einwohnerversammlung im Vereinshaus Reich kam Bürgermeister Ulrich Kurtz (GFS) auf eine Aussprache im Innenministerium zu sprechen: „Auf besonders offene Ohren sind wir nicht gestoßen.“ Nun werde womöglich am grünen Tisch etwas geregelt, damit es eben irgendwie geregelt ist – doch leichtfertig aufgeben, so Kurtz, sich entmutigen lassen, das wolle er deshalb nicht. Für den Steinacher wird sich die aktuelle Enttäuschung einordnen in die große Linie. Schon der erste Entwurf zur Landesentwicklungsplanung habe ja gezeigt, dass die Bedeutung kleiner Ort nicht richtig erkannt wird, äußerte er im Reich. „Die Daseinsvorsorge vor Ort zu sichern wird ständig schwieriger – angesichts vom Land nicht ausfinanzierter Aufgaben und unterfinanzierter Landkreise.“

Ein Dreibund ohne Chance

Neben dem Dauerzwist um die Zuordnung von Oberland nach Sonneberg oder Steinach, bekam das Thema Gebietsreform dieser Tage noch an anderer Stelle Schwung. Wie berichtet, will Judenbach mit Neuhaus-Schierschnitz und Förritz Formen der interkommunalen Zusammenarbeit ausloten. Der Judenbacher Gemeinderat hat vergangene Woche einen entsprechenden Beschluss gefasst, der Föritzer am Dienstag und in Neuhaus-Schierschnitz steht die Sache am Donnerstag auf der Tagesordnung des Rates. Interkommunale Zusammenarbeit als Vorgriff auf eine Gebietsreform? Eine Unterlandgemeinde mit Judenbach? Die Föritzer CDU verneint dies: „Es geht um Zu-

sammenarbeit. Die Studie wird zeigen, wo dies möglich ist und wo nicht“, erklärt Hartmut Hannweber.

Mit einem Schulterzucken antwortet die Sonneberger Bürgermeisterin Sibylle Abel (CDU) auf die Frage, was sie von dieser Dreierkonstellation hält. „Der Innenminister hat den Judenbachern meiner Meinung sehr deutlich gesagt, wohin die Reise geht: nämlich nach Sonneberg. Dafür liegt ja auch ein mehrheitliches Votum der Bürger vor“, ruft Abel die Fakten in Erinnerung. Allerdings will sie die Möglichkeiten kommunaler Zusammenarbeit nicht in Abrede stellen. „Wie dafür die Förderbedingungen sind, damit habe ich mich bislang nicht so intensiv beschäftigt. Wir arbeiten schon lange mit Förritz beim gemeinsamen Gewerbegebiet zusammen. Dazu brauchten wir nicht erst eine Studie um zu wissen, dass dies sinnvoll ist“, so Abel.

Die Landtagsabgeordnete Beate Meißner (CDU) betont auf Nachfrage, man müsse interkommunale Zusammenarbeit und Gebietsreform unterscheiden. Die Zusammenarbeit der drei Gemeinden will Meißner nicht als vorgezogene Gebietsreform sehen. „Ich bezweifle, dass dieser Weg in der Landesregierung Unterstützung findet, zumal es keine direkte funktionierende Straßenverbindung gibt. Auch das Bürgervotum spricht dagegen. Ich würde nicht empfehlen, dass sich die Gemeinden auf diesen Weg begeben, Förritz und Neuhaus-Schierschnitz vielleicht, aber nicht Judenbach“, meint Meißner. In Sachen Zusammenarbeit allerdings solle man alle Möglichkeiten ausloten. Sie gab sich überzeugt, dass der Nutzen der Studie deren Kosten übersteigen wird. Im Übrigen gebe es eine 90-prozentige Förderung für die Studie.